Nummer 98

Mit Kurszettel

Berliner Börsen-Zeitung

Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Krausenstr. 57.

Abendausgabe · 25 Goldpfennig. 69. Jahrgang Mittwoch, 27. Februar 1924

Die Militärkontrolle vor der Botschafterkonferenz.

Paris, 27. Februar.

Die Botschafterkonferenz tritt heute um 4 Uhr nachmittags zusammen. Sie wird sich zufolge mit der interalliierten Militärkontrolle beschäftigen.

Die neue englische Note zu der deutschen Abrüstungsfrage bildet das Pariser Tagesgespräch. Das Schriftstück befindet sich zurzeit in den Händen des Marschalls Foch. Ob Frankreich auf den Vorschlag Ramsay Macdonalds, die Mission Rolleis abzuberufen und dafür ein Interalliiertes Garantiekomitee einzusetzen, eingehen wird, läßt sich zurzeit auch noch nicht im entferntesten sagen. Das Einverständnis der französischen Regierung hängt in erster Linie von dem Gutachten ab, das Marschall Foch voraussichtlich erst in einigen Tagen formulieren wird. Am Quai d'Orsay äußert man sich nach wie vor sehr zurückhaltend, man bestätigt jedoch, daß der englische Standpunkt in der Abrüstungsfrage Deutschlands sich der französischen Auffassung bereits sehr stark angenähert habe. Ein grundsätzliches Einvernehmen über die Wiederaufnahme der Militärkontrolle sei zwischen beiden Regierungen bereits hergestellt. Es komme nur darauf an, sich über die Modalitäten der Kontrolle zu einigen. Auf jeden Fall ist ersichtlich, daß man in Paris den zweiten Teil der englischen Note, der auf die Notwendigkeit einer umfassenden „Inventuraufnahme" der Militärbestände Deutschlands hingewiesen wird, viel freudiger zustimmt, als der Frankreich nahegelegten Abberufung des General Nollet.

Der Inhalt der Macdonald-Note.

TU Paris, 27. Februar.

„Petit Parisien" veröffentlicht aus englischer Quelle eine ziemlich genaue Inhaltsangabe der Note Ramsay Macdonalds. Der englische Premierminister stünde auf dem Standpunkt, daß die gegenwärtige Kontrollkommission ein zu komplizierter Organismus sei. Andererseits halte er es für verfrüht, den Völkerbund mit der Kontrolle zu beauftragen. Aus diesem Grunde habe sich Macdonald zur Ernennung eines Garantiekomitees entschlossen. Die Aufgabe dieses Komitees würde darin bestehen, die deutschen Rüstungen, soweit sie sich auf schwere Artillerie, Panzerwagen, Flugzeuge, giftige Gase usw. beziehen, zu überwachen. (?) Von den Rüstungen zweiter Ordnung würde man absehen. An die Umwandlung der gegenwärtigen Kontrollkommission in ein mit beschränkten Machtbefugnissen ausgestattetes Garantiekomitee knüpfte die englische Regierung jedoch eine Reihe von Bedingungen, die Deutschland zu unterschreiben habe. So müsse das Reich sich formell verpflichten, in sämtlichen Munitionsfabriken künftig nur noch solche Gegenstände herstellen zu lassen, die mit den Vorbereitungen des Krieges nichts zu tun hätten. Außerdem werde die Berliner Regierung verpflichtet, statistische Angaben über das überflüssige Kriegsmaterial zu machen, das sie hierauf der Kontrollkommission aushändigen müsse. Schließlich würde man der Reichsregierung das Versprechen abnehmen, die Tätigkeit des interalliierten Komitees in weitgehendem Maße zu erleichtern.

Die Abrüstungsfrage im Oberhause.

London, 27. Februar.

Im Oberhause fragte gestern Lord Cecil, welche Schritte die Regierung in der Frage der Einschränkung der Rüstungen zu unternehmen beabsichtige. Der Redner bezeichnete es als notwendig, daß die britische Regierung ein Programm bereithalte, um es der Völkerbundsversammlung im September vorzulegen. Lord Parmoor erwiderte, die Regierung ermäge die Schaffung eines Ausschusses und werde ihre Beschlüsse zum frühest möglichen Zeitpunkt mitteilen. Die Initiative in der Abrüstungsfrage müsse jedoch von der Völkerbundsversammlung und nicht von der britischen Regierung kommen; die durch die Völkerbundssatzung vorgesehene Methode des Verfahrens sei, daß die Völkerbundsversammlung Vorschläge den Regierungen unterbreite.

Cecil sagte hierauf, er könne nicht behaupten, von dieser Antwort befriedigt zu sein. Zahlreiche Leute in England erwarteten, daß die Regierung, wenn sie nicht in der Lage sei, die von ihnen gewünschte Politik zu verfolgen, eine Politik bekannt gebe, die sie bereit sein würden anzunehmen. Er werde die frühest mögliche Gelegenheit ergreifen, um diese Frage wieder aufzuwerfen.

Auch Lord Grey erklärte, bevor die Völkerbundsversammlung nächsten September zusammentrete, müsse die Regierung zu Entschlüssen gelangen.

Lord Parmoor erwiderte hierauf, bis Ende September werde die Regierung in der Lage sein, ihre Ansicht sehr deutlich mitzuteilen. Die Regierung wünsche, nicht nur eine Völkerbundspolitik zu machen, sondern sie würdige die Bedeutung der Abrüstungsfrage.

Lord Birkenhead sagte, man habe jetzt mit einem einzigen Lande in Europa zu rechnen, und das sei Frankreich. Alle Engländer hätten den aufrichtigen Wunsch, freundschaftliche Beziehungen mit Frankreich aufrecht zu erhalten, aber habe man in Frankreich ein Bestreben gesehen, Abrüstungen durchzuführen? Habe Frankreich sein Heer demobilisiert, stimme es im Inhalt und im Geiste auch nur den Grundsätzen der Washingtoner Konferenz zu? Niemand in der Welt habe im gegenwärtigen Augenblick die geringste Absicht abzurüsten.

Die „Mechanisierung" der Kriegführung

eca London, 26. Februar.

Anläßlich eines Festessens, das der Londoner Presseklub zu Ehren seiner Ehrenmitglieder veranstaltet hat, sprach General Sir Ian Hamilton über den Krieg der Zukunft. Dieser werde entschieden werden durch den Grad der Mechanisierung der Kriegsführung. Frankreich habe bereits eine Reihe leichter Divisionen geschaffen, die aus Tanks, Kavallerie und Artillerie, die durch Motore bewegt wird, bestehen. England habe in dieser Beziehung noch keine Fortschritte gemacht. England müsse zwei Drittel der Infanterie abrüsten, und was übrig bleibt, müsse mit Tanks und mechanischen Transportmitteln ausgerüstet werden. Der Kriegswert dieser wenigen Truppen wäre mindestens so viel wert wie die gegenwärtig in Waffen stehenden, während für die Ersparnis an Sold und Verpflegung alle mechanischen Hilfsmittel beschafft werden könnten.

Winston Churchill, der den Vorsitz führte, sagte, er teile nicht die Meinung Hamiltons, daß die mechanisierte Armee die Armee der Zukunft sein werde. Ein Deutscher habe ihm unlängst gesagt, die Deutschen glaubten, der nächste Krieg werde mit der Elektrizität durchgekämpft werden. Ein Franzose sagte ihm, die Franzosen glaubten, daß im nächsten Krieg die Krankheiten die Hauptrolle spielen werden.

Mussolini für eine starke italienische Flotte.

eca Rom, 27. Februar.

Mussolini hat gestern die Mitglieder der Kommission für die Reorganisation der Marine empfangen. In Anwesenheit des Marineministers Admirals Thaon di Revel und mehrerer Admirale erklärte Mussolini: „Alles, was sich augenblicklich auf dem Gebiete der äußeren Politik ereignet, stellt die Marinefrage in den Vordergrund. Wir haben nunmehr auf dem Lande unsere Sicherheit, denn wir verfügen über die unübersteigbaren Linien des Brenner und den Nevoso; auf der See ist es indessen nicht so. Es ist meine Absicht, nach und nach in aktiver Weise die Macht unserer Marine zu erhöhen."

Englische Kritik am Abkommen über die Einfuhrabgabe.

eca London, 27. Februar.

Blättermeldungen zufolge hat die Mitteilung, daß die Regierung beschlossen hat, die Einfuhrabgaben Deutschlands auf Grund der Recovery-Acte auf 5 Prozent zu ermäßigen, in den Kreisen der Opposition außerordentlich starke Kritik hervorgerufen. Im Unterhause hat gestern nachmittag unter dem Vorsitz Chamberlains eine private Sitzung der konservativen Gruppe stattgefunden, in der beschlossen worden ist, dieser Angelegenheit wegen eine Anzahl Fragen an die Regierung zu richten. In Kreisen der Opposition wird der allem die Auslegung des § 5 der Recovery-Acte heftig angegriffen; es wird behauptet, daß die Abänderung, die die Regierung vorgenommen hat, nur erfolgen könne, wenn die Angelegenheit vorher einer entsprechend bevollmächtigten Kommission unterbreitet werde. Besonders in den Kreisen der englischen Industrie scheint die Maßnahme der Regierung auf Widerspruch zu stoßen. Der Direktor des nationalen Verbandes der Eisen- und Stahlindustrie Sir Wilson Larke erklärte so z. B., daß eine umfangreichere Einfuhr von billigen deutschen Waren, die der englischen Industrie schwere Konkurrenz bereiten würden, nunmehr unvermeidlich sei. Er tritt auch dafür ein, daß die alten Abgaben weiter bezahlt werden sollen, und zwar entweder vom englischen Importeur, der angesichts der niedrigen Preise der deutschen Fabrikate hierzu in der Lage zu sein scheine, oder aber durch Deutschland selber. Larke erklärt natürlich auch, daß die Arbeitslosigkeit in England durch diese Maßnahme erhöht werde. Der „Daily Mail" zufolge wird in Handelskreisen das Abkommen ebenfalls stark kritisiert und insbesondere bemängelt, daß man Privatleute für die Bezahlung der laufenden deutschen Reparationszahlungen an die englische Regierung verantwortlich mache.

Der zweite Tag im Hitler-Prozeß.

Die Aussagen Dr. Webers.

Ein Zusammenstoß zwischen Staatsanwalt und Verteidigung.

TU München, 27. Februar.

Am heutigen zweiten Verhandlungstage des Hitler-Prozesses herrschte der gleiche starke Zudrang zum Gerichtssaal wie am ersten Tage. Gleich bei Beginn der Verhandlungen wurde aus den Reihen der Verteidiger an Hitler die Frage gestellt, ob zu irgend einem Zeitpunkt eine Besprechung stattgefunden habe, in der davon die Rede gewesen sei, das Diktatorium Hitler-Ludendorff als Konkurrenzunternehmen gegen Kahr, Lossow und Seisser in Aussicht zu nehmen. Hitler antwortete auf diese Frage mit Nein. Auf die weitere Frage der Staatsanwaltschaft, ob Hitler am 8. November die erste Stelle in Deutschland habe erreichen wollen, erklärte Hitler lächelnd, es habe sich damals in München und Bayern darum gehandelt, Revolution zu machen. — Staatsanwalt: Ich finde das nicht lächerlich! — Hitler: Ich habe ausdrücklich nur erklärt: „den politischen Kampf führe ich".

Darauf trat das Gericht in die

Vernehmung des Angeklagten Dr. Weber

ein, das der Vorsitzende des Bundes Oberland, der zunächst eingehende Darlegungen über die Ziele dieses Bundes machte. Das Endziel des Bundes war, den Versailler Vertrag unter allen Umständen zu brechen und die Fesseln zu zerreißen. In Hitler glaubten wir den Mann gefunden zu haben, dem allein es möglich sein könnte, die vaterländischen Kreise in einer Hand zu vereinigen. Es kam zu einem engeren Zusammenschluß zwischen dem Bund Oberland und den Sturmtrupps der Nationalsozialisten. — Dr. Weber kam dann auf die erste Beeinflussung mit Ludendorff zu sprechen und führte u. a. aus: Es war für uns selbstverständlich, daß wir bei Veranstaltungen stets den größten Wert auf die Teilnahme Ludendorffs legten. — Die weiteren Aufführungen des Angeklagten endeten schließlich in der Feststellung, daß der Kampfbund sich von jeder Parteipolitik ferngehalten habe.

Es folgte dann die Verlesung der anläßlich des Deutschen Tages in Nürnberg erlassenen Kundgebung, die den Zusammenschluß der vaterländischen Kampfverbände in einem Kampfbund dokumentiert. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärte Dr. Weber u. a. noch, er sei von der bevorstehenden Bildung eines Generalstaatskommissariats mit Dr. v. Kahr an der Spitze Wochen vorher bereits unterrichtet gewesen: es war uns im Kampfbund von Anfang an klar, daß die Beschränkung der Diktatur auf Bayern nicht das gewünschte endgültige Ziel der inneren Befreiung von ganz Deutschland sein könnte, daß eine solche beschränkte Diktatur unter Umständen sogar gefährlich werden könnte. In einer Besprechung mit Seisser und Kahr haben sich diese Herren zustimmend geäußert. Es stand für uns fest, daß die Befreiung Deutschlands von Bayern aus in die Wege geleitet werden müßte. Zu einem Kampf mit dem Norden oder mit Reichswehrformationen im übrigen Deutschland wäre es unserer Ueberzeugung nach nicht gekommen. Wir haben auch nie daran geglaubt, daß Reichswehrtruppen gegen uns schießen würden. Nicht ein einziges Mal haben wir an die Möglichkeit eines bewaffneten Widerstandes gedacht. Es konnte unserer Meinung nach höchstens zu kleineren Widerständen sozialistisch-kommunistischer Truppen in Sachsen und Thüringen kommen. Am 25. Oktober hatte Seisser Hitler gefragt, ob er gegen Landespolizei und Reichswehr etwas unternehmen würde. Hitler antwortete: „Niemals!" Als am 1. November vollkommene Klarheit zwischen Seisser und Hitler bestand, erklärte Seisser, er fahre nach Berlin, um sich die Stimmung dort sehen und mit Seeckt Fühlung zu nehmen. Dann wollte er auf Grund seiner Berliner Eindrücke in München zu endgültigen Entschlüssen kommen. Hitler sagte ihm noch: „Fahren Sie ab! Wenn Sie nach Ihrer Rückkehr nicht zum Handeln kommen, muß ich den Ursprung entsprechend vorbereiten!" Er war der Meinung, nachdem seit Wochen von den zuständigen Stellen in Bayern im Sinne der Anweisungen von Berlin gehandelt wurde, müßte es zu Explosionen von unten her kommen, wenn der Entschluß nicht bald durchgeführt wurde. — Vorsitzender: Die grundlegende Besprechung am 6. November war im Generalstaatskommissariat. Was hat Herr v. Kahr dort vorgetragen? — Weber: Kahr meinte, daß zur Lösung der deutschen Frage die normalen Wege erschöpft seien. Es müsse mit allen Mitteln der anormale Weg vorbereitet werden. Dazu seien gewisse finanzielle, militärische, ernährungspolitische Maßnahmen notwendig. Es würde in Bälde soweit sein. **Der Sinn der Ausführungen Kahrs war der, daß er entschlossen sei, die schwarz-weiß-rote Frage von Bayern aus ins Rollen zu bringen.** Bei den Andeutungen Kahrs, daß ein außer der Reihe handelnder Verband seine Unterstützung nicht finden werde, habe es sich in erster Linie um die Ehrhardtverbände gehandelt. **General v. Lossow** führte aus, daß die Reichswehr unbedingt hinter dem Generalstaatskommissar stände, und daß sie entschlossen sei, jede Weisung von ihm zu befolgen, daß er als bayerischer Landeskommandant entschlossen sei, jeden Staatsstreich mitzumachen, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil der Erfolg 51 Prozent der Wahrscheinlichkeit für sich habe. Seisser habe sich noch kurz über Grenzschutztruppen im Norden Bayerns geäußert. Ich habe, so führt der Angeklagte fort, noch am selben Tage Hitler gesprochen. Ich habe ihm erklärt, daß bei dieser Besprechung Kahr zum ersten Male in größerem Kreise sein vollkommene Uebereinstimmung mit den Zielen Hitlers zum Ausdruck gebracht hat; ich würde es begrüßen, wenn möglichst bald eine Besprechung zwischen Hitler und Kahr zustande käme. Hitler erklärte sich bereit, noch am selben Tage diese Besprechung zustande zu bringen. Warum sie jedoch dann nicht zustande gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis.

Vorsitzender: Auf Grund dieser Besprechung vom 6. November bei Herrn v. Kahr haben Sie also die Ueberzeugung gewonnen, daß eine völlige Uebereinstimmung zwischen den drei Herren und dem Kampfbund bestand? — Weber: Ja!

Vorsitzender: Am 7. November hat noch einmal eine Führerbesprechung stattgefunden. Wie kam es, daß Hauptmann Röhm dabei nicht anwesend war, obwohl doch bei sämtlichen Führern völlige Uebereinstimmung herrschte? — Weber erklärt sich dies daraus, daß bei der innigen persönlichen Freundschaft zwischen Röhm und Hitler und bei der völligen Uebereinstimmung der Ziele der beiden Männer es nicht unmöglich sei, daß Röhm bei der Besprechung nicht anwesend war.

Vorsitzender: Wurde am 7. November vereinbart, daß Ludendorff unterrichtet werden solle, damit er freie Hand habe?

Weber: Es ist am 7. November vormittags oder mittags vereinbart worden.

Zu den Vorgängen am 8. November abends

im Bürgerbräukeller,

die Weber anfangs als Versammlungsteilnehmer mitmachte, bestätigte Weber die Ausfage Hitlers, daß Kahr, Lossow und Seisser nach dem ursprünglichen Plan ans Telephon gebeten werden sollten. Die Gründe, warum denn eine andere Form der Ausführung gewählt wurde, seien ihm nicht bekannt gewesen. Weber führt dann fort: Als ich ins Nebenzimmer hineinkam, stand Kahr am Fenster, Lossow lehnte an einem Stuhl und rauchte seine Zigarre. Seisser stand neben der Tür. Es war vor der hündige Begleiter Hitlers im Zimmer und Hitler selbst. Es wurde behauptet, daß vom Fenster aus Gewehre ins Zimmer gerichtet gewesen seien. Solange ich im Zimmer war, sah ich nur zwei Posten draußen auf- und abgehen, die Gewehre geschultert. Als Ludendorff Lossow um seine Mitwirkung ersuchte, hatte Lossow die beiden Hände auf den Säbel gestützt und erklärte: Der Befehl von Euer Exzellenz ist mir Befehl! Eine ähnliche Erklärung gab auch Seisser ab. Lossow und Kahr standen mit persönlich zu fern. In nähere persönliche Berührung war ich mit Seisser gekommen. Ich kann nur das eine erklären, daß nach meiner festen Ueberzeugung die Zustimmung Seissers an Ludendorff vollkommen ehrlich und rückhaltlos war.

Weber führte dann weiter aus, daß er sich vom Bürgerbräukeller weg in die Pionierkaserne begeben habe, wo ein Oberlandesbataillon unter Herrn v. Müller zurückgehalten worden war. Müller hatte den um 8.30 Uhr zu eröffnenden schriftlichen Befehl, die Wohnhofswache zu übernehmen, einmal um dort die Ordnung aufrechtzuerhalten und vor allem um das Offizierkorps mit seinen Bataillonen an der Ausfuhr zu verhindern. Der Angeklagte schilderte dann den weiteren Verlauf der Vorgänge in der Nacht vom 8. zum 9. November. Auf Grund der einlaufenden Nachrichten habe sich damals die feste Ueberzeugung bei ihm gebildet, daß Lossow in seinem freien Entschlüssen gehindert werde, nachdem er ursprünglich mit ganzem Herzen der neuen Reichsregierung beigetreten sei. Dieser Eindruck sei verstärkt worden durch eine zwischen 1 und 2 Uhr nachts erfolgte telefonische Unterredung zwischen Seisser und Ludendorff, bei der Seisser auf die Frage Ludendorffs, was mit Lossow los sei, erwiderte, es sei alles in bester Ordnung. Er (Seisser) würde Herrn von Lossow holen und mit ihm zu Ludendorff kommen.

Vors.: Ist es richtig, daß schon zwischen 1 und 2 Uhr Gerüchte über eine andere Stellungnahme der Herren Kahr, Lossow und Seisser aufkauchten? — Weber: Ein Offizier hat uns solche Gerüchte zugetragen. Ludendorff hat es sich darauffin aber verbeten, daß solche Andeutungen gemacht würden, und habe erklärt: Ein deutscher Offizier bricht sein Wort nicht! Ich hatte die feste Ueberzeugung, daß Lossow irgendwo festgehalten und an seiner freien Entschließung gehindert werde.

Vors.: Wann haben Sie nun eine überflüssige Mitteilung über die Stellung Kahrs usw. erhalten? — Weber: Eine zuverlässige Mitteilung haben wir niemals erhalten. Die erste zuverlässige Meldung war die, als an der Feldherrnhalle auf uns geschossen wurde. — Auf Fragen des Vorsitzenden erklärte der Angeklagte weiter, der Zug durch die Stadt habe den Zweck haben sollen, die Stimmung in München kennen zu lernen und eine Art Propaganda für den völkischen Gedanken und den Gedanken der völkischen Diktatur durchzuführen. An der Feldherrnhalle angekommen, sei dem Zuge eine starke Truppe von der Landespolizei entgegengetreten. Ein Oberleutnant der Landespolizei habe einem Mann den Karabiner entrissen und ihn einem der völkischen Fahnenträger auf die Brust gesetzt. Der Fahnenträger habe den Karabiner mit der Fahnenstange zur Seite gestoßen, und dadurch sei der erste Schuß losgegangen. Kurz darauf sei ein Mann der nationalsozialistischen Abteilungen vorgesprungen und habe gerufen: „Nicht schießen! Ludendorff ist verrat!" Gleich darauf sei dieser Mann von einer Kugel getroffen niedergestürzt; er war der erste Gefallene. Es begann hierauf eine wüste Schießerei von seiten der Landespolizei: auf die zurückflüchtenden Zuzügler nehmer, wobei Tote und Verwundete zum zweiten Male getroffen wurden. Daß derartiges in dem sogenannten nationalen Bayern möglich wäre, daß die angeblich nationalgesinnte Landespolizei auf den größten deutschen

Schreibe überall nur mit „Rheinmetall"!

RHEINMETALL-HANDELSGESELLSCHAFT m.b.H. BERLIN W8 FRIEDRICHSTR. 56-57